Deutscher Bundestag **Drucksache 17/3738**

17. Wahlperiode 11. 11. 2010

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten
– Drucksache 17/900 –

Jahresbericht 2009 (51. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Wehrbeauftragte dem Deutschen Bundestag seinen Jahresbericht für das Jahr 2009 am 16. März 2010 vorgelegt.

B. Lösung

Einstimmige Annahme einer Entschließung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 17/900 folgende Entschließung anzunehmen:

„1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.

2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.

3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 10. März 2011 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 10. November 2010

Der Verteidigungsausschuss

Dr. h. c. Susanne Kastner
Vorsitzende

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Lars Klingbeil
Berichterstatter

Christoph Schnurr
Berichterstatter

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Lars Klingbeil, Christoph Schnurr, Paul Schäfer (Köln) und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf **Drucksache 17/900** in seiner 40. Sitzung am 6. Mai 2010 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages an den Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) vom 29. Juni 2010 in seiner 60. Sitzung am 10. November 2010 beraten. Im Ergebnis empfiehlt er einstimmig, in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Im Verlauf der Ausschussberatung dankten alle Fraktionen dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** unterstrichen mit Bezug auf die entsprechende Kritik im Jahresbericht 2009, im Einsatz in Afghanistan sei die Ausstattung mit geschützten Fahrzeugen zwar inzwischen grundsätzlich gut, aber nicht alle Fahrzeuge seien zu jedem Zeitpunkt einsatzbereit. Zudem mangele es in Deutschland an Fahrzeugen für die Ausbildung, obwohl es wichtig sei, dass dafür möglichst ausreichend gleich konfigurierte Fahrzeuge zur Verfügung stünden. Ähnliches gelte für die Ausstattung mit bestimmten Maschinengewehren und -pistolen sowie Nachtsichtbrillen. Hervorzuheben sei auch die im Bericht besonders betonte Notwendigkeit einer gemeinsamen Einsatzausbildung, vor allem auch von Kampfeinheiten und Sanitätstruppen. Im Übrigen müssten die Kommunikationsmöglichkeiten der in Afghanistan eingesetzten Soldatinnen und Soldaten mit der Heimat nach der Neuausschreibung besser werden, da diese durchgängig das Angebot der bisherigen Betreiberfirma kritisiert hätten.

Die **Fraktion der SPD** betonte, gerade mit Blick auf die anstehende Verlängerung des Afghanistanmandats müssten bestehende Defizite aufgezeigt werden, bei denen die Politik Verantwortung trage und diese abstellen müsse. Die in der Stellungnahme des BMVg zum Jahresbericht geschilderten Erfolge, z. B. bei den geschützten Fahrzeugen, hingen auch mit der Arbeit des Wehrbeauftragten zusammen. In einigen Bereichen bleibe das BMVg allerdings sehr allgemein und kündige keine konkrete Abhilfe an, z. B. bei der praktischen Ausbildung der Offiziere und Unteroffiziere. Dort weiche das BMVg aus und verweise lediglich auf den schwierigen Balanceakt zwischen Theorie und Praxis. Dies gelte auch für die Defizite bei der Vereinbarkeit von Familie und Dienst.

Die **Fraktion DIE LINKE.** merkte an, der Jahresbericht 2009 sei zwar wichtig, aber die darin aufgeworfenen Themen wie die Situation der Sanität wie PTBS, Liegenschaften usw. seien bereits mehrfach erörtert worden. Interessant sei allenfalls die Antwort des BMVg, das die Kritik an Sachverhalten häufig herunterspiele. Es sei aber nun vorrangig, sich über die aktuellen Mängel beim Einsatz in Afghanistan auszutauschen. Im Übrigen müsse ein zukunftsgerichteter Dialog mit dem Wehrbeauftragten darüber beginnen, welche Konsequenzen die anstehende Reform der Bundeswehr mit dem Wegfall der Wehrpflicht z. B. für die Frage der Inneren Führung habe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** mutmaßte, die Informationen des Wehrbeauftragten seien wohl häufig näher an der Realität als die Berichte der Bundesregierung an den Ausschuss. Sorgen bereite weiter der Personalmangel bei der Sanität, wo trotz erster Verbesserungen durch attraktivitätssteigernde Maßnahmen keine Trendwende erreicht sei. Auch die PTBS-Problematik bewerte die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme noch zu positiv. Begrüßenswert sei der ausführliche Beitrag im Bericht zu Frauen in der Bundeswehr und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Anregungen hierzu seien mit Blick auf die anstehende Reform hin zu einer Freiwilligenarmee und deren Verankerung in der Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Hier stelle sich aber auch die Frage, welche finanziellen Mittel dafür künftig zur Verfügung gestellt würden.

Berlin, den 10. November 2010

Anita Schäfer (Saalstadt) Berichterstatterin	**Lars Klingbeil** Berichterstatter	**Christoph Schnurr** Berichterstatter
Paul Schäfer (Köln) Berichterstatter	**Omid Nouripour** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333